

Datenschutzhinweise

gemäß Art. 13, 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Bauplatzvergabe

Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DSGVO	Stadt Süßen vertreten durch Bürgermeister Marc Kersting Heidenheimer Straße 30 73079 Süßen Telefon +49 7162 9616-111 E-Mail info@suessen.de
Behördliche/r Datenschutzbeauftragte/r	Den behördlichen Datenschutzbeauftragten der Stadt Süßen erreichen Sie unter datenschutz@suessen.de .
Zwecke der Datenverarbeitung, Rechtsgrundlagen	Zwecke der Verarbeitung Vergabe von Wohnbaugrundstücken der Stadt Süßen (gemäß Bauplatzvergaberichtlinie). Rechtsgrundlagen Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe e DSGVO in Verbindung mit §4 Landesdatenschutzgesetz Baden-Württemberg (LD SG) und § 1 Abs. 6 Nr. 2, 3 und 4 BauGB sowie der EU-Kautelen erhoben.
Datenarten und Datenquellen	Erforderliche Daten Persönliche Identifikations- und Kontaktangaben, wie Vor- und Nachname, Staatsangehörigkeit, Adresse, Familienstand, Beruf, Arbeitgeber, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Geburtsdatum und -ort. Besondere Kategorien von Daten nach Art. 9 DSGVO Sensible Daten, insbesondere zu den sozialen Vergabekriterien, wie Anzahl und Alter von minderjährigen Kindern sowie Gesundheitsdaten, wie bspw. Angaben zu Behinderung und Pflegegrad werden erhoben, da sie für das Vergabeverfahren gemäß Bauplatzvergaberichtlinie erforderlich sind. Datenquelle Die Daten werden ausschließlich bei Ihnen direkt erhoben. Von Dritten erhalten wir keine personenbezogenen Daten über Sie.
Dauer der Speicherung	Wir speichern Ihre Daten so lange, wie es für das Bauplatzvergabeverfahren erforderlich sind. Maßgeblich dafür sind grundsätzlich die geltenden Aufbewahrungsfristen für die öffentliche Verwaltung. Die Aufbewahrung dauert mindestens bis zu einer Prüfung des Vergabeverfahrens durch eine überörtliche Prüfstelle der Stadt Süßen.

Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten (Stellen, denen die Daten offengelegt werden)	Alle personenbezogenen Daten, die uns in einem Vergabeverfahren bekannt geworden sind, dürfen wir an andere Personen oder Stellen (z.B. Notariate, Finanzämter, Verwaltungsgerichte, Rechtsaufsichtsbehörden oder andere Behörden) nur weitergeben, wenn Sie dem zugestimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zulässig ist.
Betroffenenrechte	Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) insbesondere folgende Rechte: Auskunftsrecht nach Art. 15 DSGVO über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung Recht auf Datenberichtigung nach Art. 16 DSGVO, sofern Ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten. Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO der zu Ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen gemäß o.g. Artikel zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Abs.3 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DSGVO. Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung nach Art. 18 DSGVO, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen. Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von Ihnen bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung. Recht auf Datenübertragung nach Art. 20 DSGVO, in einem strukturierten Format, sofern die Voraussetzungen gem. o.g. Artikel erfüllt sind. Widerspruchsrecht nach Art. 21 DSGVO gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.
Automatisierte Entscheidungsfindung (einschließlich Profiling)	Wir nutzen grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 DSGVO.
Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland (außerhalb EU)	Wir übermitteln grundsätzlich keine personenbezogenen Daten an Stellen in Drittstaaten oder internationale Organisationen.
Verpflichtung, Daten bereitzustellen & Folgen der Verweigerung	Sie sind dazu verpflichtet, die für die Aufgabenerfüllung erforderlichen Daten anzugeben. Diese Verpflichtung ergibt sich aus den o.g. Gesetzen und Richtlinien. Wir benötigen Ihre Daten, um das Vergabeverfahren korrekt durchzuführen. Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben, können Ihnen

	ggf. Nachteile entstehen, u.a. eine Nichtberücksichtigung im Vergabeverfahren.
Beschwerderecht	Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde ihrer Wahl, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist: Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI) Lautenschlagerstraße 20 70173 Stuttgart Tel.: +49 711 615541-0 E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de
Datum:	21.09.2026